

AKTUELL

ABSTAMMUNGSRECHT UND ACCÈS AUX ORIGINES

Planning familial kritisiert Gesetzentwürfe

Tessie Jakobs

Noch in dieser Legislaturperiode will die Regierung das Abstammungsrecht und den Accès aux origines gesetzlich regeln. In einem Gutachten hat der Planning familial nun Stellung zu den beiden Gesetzentwürfen bezogen. Neben einigen Anregungen gibt es auch viel Kritik.

Der Gesetzesentwurf zum Accès aux origines (woxx 1621) polarisiert nicht nur in der Politik und der breiten Bevölkerung: Auch Organisationen sind in einigen Punkten gespalten, wie das Gutachten zeigt, das der Planning familial diese Woche veröffentlichte.

Uneinigkeit herrscht im Vorstand der Organisation bezüglich der Frage, ob im Rahmen einer künstlichen Befruchtung Spermien- oder Eizellenspenden anonym sein sollten oder nicht. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht vor, dass Kinder, die mithilfe einer Drittspende gezeugt wurden, die Identität der Spenderin oder des Spenders erfahren dürfen.

Wie im Gutachten des Planning erklärt wird, hat sich die Mehrheit des Vorstands gegen diese Vorgehensweise ausgesprochen. Stattdessen solle das Recht auf Anonymität garantiert werden, gleichzeitig aber auch zwei weitere Optionen bestehen: Einerseits die Möglichkeit, nicht identifizierbare Informationen zu erhalten, andererseits aber auch das Recht auf identifizierbare Informationen, unter der Voraussetzung, dass der*die Spender*in sein*ihre explizite Einverständnis gegeben hat und dieses auch jederzeit widerrufen kann. Eine Minderheit des Vorstands, so heißt es im Gutachten weiter, sei strikt gegen die Anonymität. Bezüglich des Accès aux origines von adoptierten Kindern ist der Planning gleichermaßen gespalten.

Einhellig begrüßt wird dagegen der uneingeschränkte Zugang zur künstlichen Befruchtung. Der Planning schlägt allerdings vor, die entsprechende Gesetzgebung durch die Gründung eines neutralen und unabhängigen Zentrums zu begleiten. Diesem könnten zwei Aufgaben zukommen: Über die Identität der Mutter und/oder des Vaters zu informieren

oder aber nicht-identifizierbare Informationen über die Herkunft des Kindes sowie die Gesundheit der biologischen Eltern zu übermitteln.

Im Gesetzesentwurf über den Accès aux origines ist auch die anonyme Geburt geregelt: Sowohl der gebärende als auch der andere biologische Elternteil sollen die Wahl haben, ob sie ihre Identität preisgeben möchten oder nicht. Es kann also durchaus sein, dass die Entscheidungen unterschiedlich ausfallen. Dies wird vom Planning scharf kritisiert. Entscheide sich der gebärende Elternteil für eine anonyme Geburt, der andere jedoch nicht, bestehe die Gefahr, dass letzterer dem Kind späterhin die Identität des ersteren verrate. Der Planning befürchtet, dass dadurch das Recht der gebärenden Person auf Anonymität fundamental bedroht sei. „L'accouchement strictement anonyme doit rester possible pour toutes les femmes!“, so die Forderung des Planning.

Nein zu Leihmutterschaft und postmortaler Befruchtung

Beim Gesetzesentwurf zum Abstammungsrecht (woxx 1625) herrscht innerhalb des Planning-Vorstands in allen Punkten Einigkeit. Die Mitglieder begrüßen, dass Leihmutterschaft verboten werden soll, Kindern, die aus einer Leihmutterschaft hervorgegangen sind, jedoch unter bestimmten Bedingungen dennoch ein Abstammungsrecht gewährt wird.

Kritisch zeigt sich die Organisation bezüglich postmortaler Befruchtung. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht die Möglichkeit vor, auf Samen- und Eizellen zurückzugreifen, deren Spender*in nicht mehr am Leben ist. Dies ist im aktuellen Text an klare Bedingungen geknüpft. Dennoch lehnt der Planning diese Möglichkeit entschieden ab.

Abschließend empfiehlt der Planning eine öffentliche Debatte anzustoßen sowie ein Comité einzurichten, um bioethische Fragen zu diskutieren. Dies im Hinblick auf ein entsprechendes Gesetz, das nicht zuletzt auch schon von der Menschenrechtskommission (CCDH) gefordert wurde.

SHORT NEWS

Brennpunkt 314 : Femmes et développement

(is) - Les luttes des femmes sont souvent considérées comme de moindre valeur, comme ne méritant pas d'être abordées ou devant rester dans l'espace personnel, domestique ou intime. Elles semblent encore moins dignes d'intérêt lorsqu'elles se voient doublées d'oppressions, comme celles tenant à la couleur de peau, à la classe sociale ou à l'identité ethnique. Ainsi, la plupart des articles du magazine Brennpunkt Drëtt Welt 314 traitent de la reconnaissance des efforts des femmes, de la critique par les femmes du système capitaliste et du patriarcat ainsi que des alternatives qu'elles proposent. Le dossier « Femmes et développement : vers une convergence des luttes ? » s'interroge sur le rôle des femmes à travers les continents : en tant qu'agricultrices, en tant que défenseuses des droits humains, en tant qu'artistes rebelles, en tant que communicatrices et créatrices de communautés, en tant que soignantes et en tant que féministes franches et critiques. Tout comme la nature, les femmes apparaissent dans le système actuel comme des territoires à occuper (s'ils ne sont pas déjà occupés). La défense de la terre paraît alors comme une extension de celle des droits des femmes. Les femmes présentent avec leurs voix, leurs corps et leur identité des solutions qui tentent une compréhension holistique des crises existentielles actuelles par la convergence des luttes. La nouvelle édition du magazine Brennpunkt Drëtt Welt, édité par l'Action Solidarité Tiers Monde, peut être consultée en ligne sous brennpunkt.lu. L'envoi de l'édition imprimée ou l'abonnement peuvent être demandés également au même endroit.

Justiz sucht nach Stummschalttaste für Meco

(lc) - „Im Dossier Google hat die Regierung versucht den Sack einfach schnell zuzuschnüren, so dass es unmöglich ist, die Umweltstandards einzuhalten“, so Mouvement Écologique-Präsidentin Blanche Weber im Gespräch mit der woxx. Die Verwaltungsgerichte verweigerten der Umweltgewerkschaft zum wiederholten Mal das Einsichtsrecht in das Memorandum of Understanding (MOU) zwischen dem Staat, der Gemeinde Bissen und Google. Nun holt das Meco zu einem neuen Schlag aus - der über das Dossier des Internetriesen hinaus geht. Es geht dem Meco um die Umweltgesetzgebung, die seiner Meinung nach „hoffnungslos veraltet“ sei und sich schwer auf die „Zones spéciales“, in der das Datacenter gebaut werden soll, applizieren lasse, ohne dass die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Das Verwaltungsgericht hat aber dem Meco das „droit d'agir“ abgesprochen - wegen Mangel an „spezifischen Interessen“. Das hat die Bewegung aber umso mehr angestachelt, jetzt erst recht in Berufung zu gehen, um sich das Recht zu erstreiten, in jedem umweltpolitischen Dossier aktiv werden zu können. Google ist für Staat und Justiz ein spezieller Kunde - für den Hindernisse aus dem Weg geräumt werden müssen.

online

Genderstereotype, Flüchtlinge und RTL

Sie mögen die Printausgabe, aber Sie wollen mehr woxx? Dann schauen Sie doch auf woxx.lu vorbei: Dort finden Sie regelmäßig Artikel, die ausschließlich online erscheinen.

Farbe des Carnet de santé: Eine Lappalie für die Ministerinnen? Der Abgeordnete François Benoy stößt sich an den „Carnet de santé“ in rosa und blau: Für ihn zementiert das Farbschema Geschlechterstereotypen. Ministerinnen Paulette Lenert und Taina Bofferding treten in ihrer Antwort auf Benoys parlamentarische Anfrage von einem Fettnäpfchen ins nächste. woxx.eu/rosa

Berufseinstieg von Flüchtlingen: „Der Ball liegt nun bei Minister Kersch“ Nachdem zwei Projekte der Asti beendet wurden, stellt sich die Frage, wie es mit der Integration von Geflüchteten und Migrant*innen in den luxemburgischen Arbeitsmarkt weitergeht. Im Koalitionsprogramm wurden zwar entsprechende Maßnahmen angekündigt, passiert ist bisher jedoch wenig. <http://woxx.eu/beruf>
RTL s'engage... contre la désinformation Voilà qui peut surprendre: le monopoliste audiovisuel luxembourgeois aux liens historiques avec le monde politique vient de cofonder un observatoire belgo-luxembourgeois sur la désinformation. <http://woxx.eu/rtl>